

**Bekämpfung der (Jugend-)  
Arbeitslosigkeit**

**Strategien und Massnahmen  
2005 – 2009  
Kurzfassung**



**09**

**Herausgeberin:**

Direktion für Bildung  
Soziales und Sport

**Direktion**

Predigergrasse 5  
Postfach 275, 3000 Bern 7  
Telefon 031 321 67 73  
Fax 031 321 72 78  
[bss@bern.ch](mailto:bss@bern.ch)  
[www.bern.ch](http://www.bern.ch)

---

**Verfasst durch:**

Dr. Michael Hohn, Leiter Sozialamt  
Claudio Spadarotto, Leiter Kompetenzzentrum Arbeit KA  
Direktion für Bildung, Soziales und Sport

**Bezugsadresse:**

Sozialamt  
Predigergrasse 5  
Postfach 573  
3000 Bern 7  
Telefon 031 321 63 28  
Fax 031 321 72 72  
[sozialamt@bern.ch](mailto:sozialamt@bern.ch)

Kompetenzzentrum Arbeit KA  
Lorrainestrasse 52  
Postfach, 3001 Bern  
Telefon 031 321 62 72  
Fax 031 321 62 70  
[kompetenzzentrum.arbeit@bern.ch](mailto:kompetenzzentrum.arbeit@bern.ch)

2. November 2005

## **Ausgangslage und aktuelle Situation**

Die Arbeitslosigkeit hat auch in der Stadt Bern in der jüngsten Vergangenheit zugenommen. Davon besonders stark betroffen sind Jugendliche und junge Erwachsene. Zudem müssen zunehmend junge

Menschen insbesondere wegen ihrer prekären Erwerbs- oder Lehrsituations (keine Lehrstelle, Lehrabbrüche, fehlende Anschlusslösungen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit) Leistungen der Sozialhilfe beanspruchen.

Vor diesem Hintergrund hat der Stadtrat im Frühling 2005 vier Motionen zum Thema (Jugend-) Arbeitslosigkeit überwiesen. Diese forderten insbesondere

- eine detaillierte Analyse der aktuellen Situation
- ein Konzept zur umfassenden Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit
- einen politischen Auftrag an das Kompetenzzentrum Arbeit der Stadt Bern (KA) für die Umsetzung geeigneter Massnahmen.

Eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS, die im Auftrag der Stadt Bern erstellt wurde, zeigt die aktuelle Lage Jugendlicher und junger Erwachsener in der Stadt Bern auf. Diese zeigt folgende Ergebnisse:

- die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen (15- bis 19-jährig) und jungen Erwachsenen (20- bis 24-jährig) hat stark zugenommen; die Arbeitslosenquote für diese Bevölkerungsgruppe betrug in der Stadt Bern 2004 5,2% resp. 5,6%; sie hat sich – mit saisonalen Schwankungen – auf diesem Niveau stabilisiert (rund 500 Personen).
- Aktuelle Zahlen lassen den Rückschluss zu, dass es sich bei rund einem Viertel der Neuanmeldungen bei der Sozialhilfe um junge Erwachsene handelt (nicht oder nicht mehr bei der Arbeitslosenversicherung gemeldete Personen).
- Die Zahl der betroffenen Personen „in schwierigen Verhältnissen“ wird für die Stadt Bern auf rund 1000 Personen geschätzt (276 Jugendliche und 715 junge Erwachsene). Dies entspricht mehr als 10% der entsprechenden Jahrgänge.
- Angesichts der wirtschaftlichen Situation und im Lichte der Zahl der Schulaustretenden der nächsten Jahre muss für 2007 mit einem weiteren Anstieg der Jugendlichen gerechnet werden, die sich in „schwierigen Verhältnissen“ befinden.

## **Gestaltungs- und Handlungsspielräume der Stadt Bern**

Die Stadt Bern verfügt über eine breite Palette von Angeboten zur beruflichen und sozialen Integration von Erwerbslosen. Dazu gehören insbesondere

- Arbeitsmarktliche Massnahmen im Rahmen der Arbeitslosenversicherung ALV, die im Auftrag des Kantons (beco) durchgeführt werden (Massnahmen zur vorübergehenden Beschäftigung mit integrierter Bildung, Motivationssemester).
- Integrationsmassnahmen im Rahmen des Sozialhilfegesetzes SHG, insbesondere das Programm „Arbeit statt Fürsorge“, das in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft, dem Nonprofit-Bereich und Verwaltungsstellen durchgeführt wird.
- Zusätzliche innovative Angebote, besonders niederschwellige Vormotivationssemester (im Auftrag des Kantons) und das Pilotprojekt „NIP“ sowie das Projekt „IIZ Assessment“ (interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen ALV, IV, Sozialdienst und Berufsberatung)

Während der Spielraum der Stadt Bern im Bereich der arbeitsmarktlichen Massnahmen der ALV sehr klein ist (reine Ausführung im Auftrag des Kantons), gibt es im Bereich der Integrationsmassnahmen der Sozialhilfe erheblichen Gestaltungsspielraum. Zum einen kann die Ausgestaltung des Angebots im Rahmen des zur Verfügung stehenden kantonalen Kredites (via Lastenausgleich SHG) weitgehend durch die Stadt bestimmt werden. Zum anderen ist es möglich, das Angebot bei Bedarf mit zusätzlichen städtischen Mitteln aufzustocken.

## **Handlungsbedarf**

Aufgrund der Analyse ergeben sich folgende Bereiche, in denen für die Stadt Bern besonderer Handlungsbedarf besteht:

- Mit erster Priorität muss verhindert werden, dass **Jugendliche und junge Erwachsene** den Einstieg in die Berufswelt verpassen, in eine „Destabilisierungs-Spirale“ eintreten und zu Langzeit-Sozialhilfefällen werden – mit den entsprechenden persönlichen, sozialen und finanziellen Folgen. Die Handlungsspielräume des Berufsbildungsgesetzes (z.B. Attestausbildung) und des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (z.B. Motivations- und Vormotivationssemester) sind voll auszuschöpfen.
- Zusätzliche Investitionen in berufliche und soziale Integrationsmassnahmen sind dringend notwendig. Sie lohnen sich, wie die Kennzahlen des Sozialamtes Bern (Kennzahlenvergleich der Städteinitiative 2004) zeigen. Die Zahl der Personen, die auf **Sozialhilfe** angewiesen sind, hat in den letzten Jahren – wie überall in der Schweiz – auch in der Stadt Bern stark zugenommen. Ein beträchtlicher Teil davon sind (ausgesteuerte) Arbeitslose. Arbeitslosigkeit über längere Zeit führt zu sozialer Desintegration. Demnach konnten 38% aller von der Sozialhilfe abgelösten Personen wieder in Erwerbsarbeit integriert werden.
- **Berufliche Integration hat oberste Priorität.** Die Erreichung dieses Ziels setzt voraus, dass die Wirtschaft mehr Arbeitsplätze auch für leistungsschwächere Personen zur Verfügung stellt. Zu diesem Zweck ist die Kooperation mit Betrieben der privaten und öffentlichen Wirtschaft auszubauen. Um die Anreize zur Schaffung solcher Stellen für Arbeitgeber zu erhöhen, wird die Stadt das bewährte Lohnzuschussystem von „Arbeit statt Fürsorge“ verstärken.
- Die Aktivitäten der bezüglich der Integration im Bereich Arbeit engagierten Stellen (Arbeitslosenversicherung, Invalidenversicherung, Kanton, Sozialdienst, Berufsberatung, Berufsbildung etc.) müssen optimal aufeinander abgestimmt werden. Im Bereich der **interinstitutionellen Zusammenarbeit** besteht ein Optimierungspotential.
- **Ergänzende städtische Aktivitäten** zur beruflichen und sozialen Integration sind notwendig; denn die vom Kanton finanzierten Angebote reichen nicht aus, um den Bedarf der Stadt Bern – insbesondere in den Bereichen Jugendarbeitslosigkeit und Sozialhilfe – zu decken. Um **innovative Lösungen** erproben zu können, die den Bedürfnissen der Stadt Rechnung tragen, muss die Stadt Bern in eigener Kompetenz rasch handeln können.

## **Übergeordnete Ziele und Grundsätze**

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit orientiert sich an fünf übergeordneten Zielsetzungen:

- Jugendliche und junge Erwachsene finden einen Ausbildungsplatz und – nach Abschluss einer Ausbildung – einen Arbeitsplatz. Schlüssel zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit sind eine gute Grundausbildung und eine solide Ausbildung für möglichst viele.
- Die Stadt verfügt über ein differenziertes und flexibles Angebot zur beruflichen und sozialen Integration für jene, die den Zugang zu einer Ausbildung und zum Arbeitsmarkt nicht oder nur erschwert finden.
- Die Stadt erfüllt den Integrationsauftrag dank verstärkter Zusammenarbeit mit Unternehmen und Nonprofit-Organisationen im Rahmen von Netzwerken, gemeinsamen Projekten und durch spezifische Anreize optimal.
- Die Stadt Bern nützt den bestehenden Spielraum aus und ergänzt die von Arbeitslosenversicherung und Kanton finanzierten Aktivitäten bedarfsgerecht und subsidiär durch zusätzliche, selbst finanzierte Aktivitäten. Sie spart dadurch Folgekosten.
- Die zuständigen Stellen der Bildungs-, Sozial- und der Wirtschaftspolitik wirken vernetzt zusammen. Die Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit wird als Querschnittsaufgabe wahrgenommen.

Bei der Umsetzung sind die folgenden Leitlinien massgebend:

- Die Stadt stellt aufgrund ihrer besonderen (auch zahlenmäßig nachgewiesenen) Betroffenheit ein flexibles und leistungsfähiges Grundangebot zur beruflichen und sozialen Integration bereit.
- Die Stadt fördert mit Pilotprojekten innovative Problemlösungen.
- Die Stadt baut die Massnahmen im Bereich der Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit von Jugendlichen (15-19 Jahre), im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit von jungen Erwachsenen (20-24 Jahre) und zur beruflichen und/oder sozialen Integration von Sozialhilfe empfangenden Arbeitslosen bedarfs- und bedürfnisgerecht aus.
- Die Stadt initiiert und verstärkt die Zusammenarbeit mit den Institutionen und den Unternehmen und Betrieben in der Region Bern. Bei der Realisierung von Angeboten zur sozialen Stabilisierung und/oder mit Perspektive auf eine berufliche Integration wird auf eine grösstmögliche Verzahnung mit dem ersten Arbeitsmarkt geachtet.
- Die Stadt stellt die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung.

## Strategien und Massnahmen

Um die Ziele und Grundsätze zu erreichen, sollen im Zeitraum 2005 – 2009 insgesamt 16 Strategien (nachstehend in 5 Strategiebereichen zusammengefasst) und 25 Massnahmen umgesetzt werden.<sup>1</sup>

<b>Strategiebereiche (S)</b>	<b>Massnahmen (M)</b>
Sicherstellung der spezifischen städtischen Bedürfnisse	M1 Planung, Organisation und Koordination sämtlicher Massnahmen der Stadt Bern zur nachhaltigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch das Kompetenzzentrum Arbeit KA
	M2 Aktive Mitgestaltung der Sozialpolitik auf regionaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene (VRB, Städteinitiative etc.) durch die Stadt Bern
	M3 Berücksichtigung des sozialen Engagements von Unternehmen (Lehrstellen, Praktika etc.) bei der Auftragsvergabe
Verstärkung der interinstitutionellen Zusammenarbeit	M4 Stärkung der bestehenden städtischen Plattform „Integriertes Arbeitslosenprojekt der Stadt Bern“ IASB (z.B. Konzentration der Zuständigkeiten, Vernetzung mit Sozialpartnern, Einbezug zusätzlicher Akteure und Akteurinnen, Öffentlichkeitsarbeit etc.)
	M5 Verzahnung der berufsvorbereitenden Schuljahre mit Vorlehrten und Motivationssemester
	M6 Schaffung einer städtischen Triagestelle für die bedarfsgerechte Zuweisung der Schulaustretenden ohne Anschlusslösung in geeignete Angebote
	M7 Aufbau einer benutzerfreundlichen Informationsplattform im Internet (kommentierte Linkssammlung) zum Thema Integration von Arbeitlosen
Vermeidung von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit (präventive Interventionen)	M8 Umsetzung der Bildungsstrategie des Gemeinderates
	M9 Erhöhung der Zahl der Ausbildungsplätze (Lehrstellen und Praktika) in der Stadtverwaltung
	M10 Erarbeitung eines städtischen Lehrstellenkonzeptes für die Stadtverwaltung
	M11 Initiierung von Lehrstellenverbünden, aktives Lehrstellenmarketing und Unterstützung der Stellensuche nach Lehrabschluss
	M12 Aufbau einer Firma mit spezifischen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Jugendliche (Projekt „Job Start“)
	M13 Ausbau, aktive Pflege und Institutionalisierung der Kontakte mit der Wirtschaft und den Sozialpartnern (z.B., „Sozialgipfel“)
Linderung der Folgen von Ausbildungs- und Arbeitslosigkeit (kurative Interventionen)	M14 Ergänzung des bestehenden Integrationsangebots für Jugendliche und junge Erwachsene (Motivationssemester, Vormotivationssemester) durch gezielte, zusätzliche Massnahmen

<sup>1</sup> Die Zuständigkeiten für die Realisierung der Massnahmen sind im ausführlichen Konzept ersichtlich.

Verhinderung sozialer Desintegration von Sozialhilfeempfänger/innen (Langzeitarbeitslose)	M15 Ausbau des Vermittlungsangebots zur beruflichen Integration in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft („Arbeit statt Fürsorge“)
	M16 Erhöhung der Zahl der sozialen Einsatzplätze zur Sicherstellung der sozialen Integration
	M17 Bereitstellen von niederschwelligen Integrationsangeboten für Jugendliche „in schwierigen Verhältnissen“ zur Verbesserung der Zugangschancen zu normalen Arbeitsverhältnissen
	M18 Ausschöpfen des erweiterten Handlungsspielraums im Rahmen der neuen SKOS-Richtlinien
	M19 Schaffen genügender gemeinnütziger Angebote in Kooperation mit Drittanbietern
	M20 Etablierung von Lohn- und Einarbeitungszuschüssen im Rahmen von Eingliederungsverträge mit der Privatwirtschaft („Arbeit statt Fürsorge“)
	M21 Entwicklung und Erprobung neuer Zusammenarbeitsmodelle mit der Wirtschaft
	M22 Schaffung zusätzlicher Nischenarbeitsplätze in der Stadtverwaltung für leistungsschwächere Personen
	M23 Enge Zusammenarbeit und Koordination zwischen Sozialdienst und Kompetenzzentrum Arbeit
	M24 Aufbau eines Bedarfsmeldesystems beim Sozialdienst
	M25 Weiterführung des Projektes „Assessment“, wo Arbeitslosenversicherung, IV, Sozialhilfe und Berufsberatung fallorientiert zusammenarbeiten

---

**Impressum**

Druck und Realisation:  
SBZ Schul- und Büromaterialzentrale

Papier:  
Kopierpapier hochweiss FSC